Spitzenkandidatin der GRÜNEN Hessen Angela Dorn in Oestrich-Winkel

Angela Dorn, Spitzenkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für die Landtagswahl, kam am 6. September nach Oestrich-Winkel, um die Vorstellung der Hessischen GRÜNEN zur Energiewende deutlich zu machen.

Es gibt aus Sicht der GRÜNEN keine Alternative zur Energiewende. Atom und Kohle sind nicht die Lösung. "Fukushima mahnt und macht die Gefahren der Atomkraft deutlich", sagte Angela Dorn. Nach dem 11. März 2011 gab es einen parteiübergreifenden Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft und zu einer längst überfälligen Energiewende. Aber inzwischen ist die Stimmung bei Schwarz-Gelb gekippt - Windenergie soll torpediert werden.

Hessen ist unter Schwarz-Gelb zwei Jahre nach dem Hessischen Energiegipfel immer noch Schlusslicht bei den Erneuerbaren Energien. Von dem Ziel, bis 2020 die CO²-Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren, ist Hessen weit entfernt. Aktuell beträgt der Anteil der Erneuerbaren Energien im Land acht Prozent.

Angela Dorn wiederlegte auch die Aussagen von CDU und FDP, das Erneuerbare Energiengesetz EEG trage die Hauptschuld an der Strompreiserhöhung. In den letzten Jahren unter Schwarz-Gelb sind die Strompreise gestiegen. Grund dafür ist unter anderem, dass Schwarz-Gelb immer mehr große Unternehmen, bis hin zu Schweinemästereien und Banken, von der Zahlung befreit hat. Die Ausnahmeregelungen gehören deshalb, so Dorn, auf den Prüfstand.

Dorn machte deutlich: Strom macht lediglich 13 Prozent des Gesamtenergiebedarfs aus. 50% des Gesamtenergiebedarfs ist der Wärmegewinnung und 37% dem Verkehr geschuldet. Deshalb sei eine Energiewende ohne Verkehrswende nicht möglich. Außerdem müsse daran gearbeitet werden, Hauseigentümer von der Umrüstung auf Photovoltaik zu überzeugen.

Was Windräder im Rheingau-Taunus-Gebiet angeht, so betonten die GRÜNEN einmal mehr, dass eine Abwägung zwischen Umwelt-, Naturschutz und Tierschutzinteressen und der Windenergieerzeugung stattfinden müsse. Vor der Festlegung auf einen Standort sind umfangreiche naturrechtliche und tierökologische Gutachten anzufertigen. Besonders wertvolle und ökologisch sensible Regionen sind also bereits per Gesetz ausgeschlossen.

Um Erneuerbaren Energien den Bürgern näher zu bringen, sollten diese davon profitieren können. Kommunen und Bürger könnten, beispielsweise wie in

Heidenrod vorgesehen, von der Windenergie einen finanziellen Vorteil erwarten. Bürgerbeteiligung ist ein sehr wichtiges Element zur Förderung der Akzeptanz.

Der Rheingau-Taunus-Kreis ist eines der windhöufigsten Gebiete in Hessen. Wir werden um den Einsatz von Windkraft im Kreis nicht herumkommen, sagte die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Rheingau-Taunus, Ingrid Reichbauer.

"Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Anträge im Kreistag gestellt, darunter eine Agenda für Klimaschutz gefordert, wir waren maßgeblich an der Gründung des Kompetenzzentrums Erneuerbare Energien im Landkreis beteiligt. Unser Ziel ist, im Kreis bis 2030 die gesamte Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen zu speisen. Wir haben vor zwei Jahren die Aufstellung eines Masterplans beantragt, jetzt wurde die Erstellung an die FH Bingen vergeben und wird hoffentlich bis Ende diesen Jahres fertig", führte Reichbauer aus.

Bei der Umsetzung der Energiewende ist Heidenrod vorbildlich. Im Rheingau ist Geisenheim am weitesten, was die Planungen für Windenergie betrifft. Es müsse aber immer wieder betont werden, dass Strom den kleinsten Anteil des Gesamtenergiebedarfs ausmacht und Wärmeenergie für Häuser und Firmengebäude den größten. Wir setzen auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien. Jede Kilowattstunde Strom, die gespart wird, muss nicht produziert werden. Kompetente Energieberatung für Hausbesitzer ist uns deshalb wichtig.

Auch Lydia Saul, Direktkandidatin der GRÜNEN im Wahlkreis Rheingau und Staatsbäder, machte die Notwendigkeit einer Energiewende vor Ort deutlich. Lydia Saul ist in Celle in Niedersachsen geboren. In dieser Gegend gehören Windräder zum Landschaftsbild. Dort gibt es Kommunen, die aufgrund der Rendite aus Windkraft eine Infrastruktur, wie z.B. Schwimmbäder vorhalten können. Windräder seien auch kein Gegensatz zum Tourismus, sagte sie.

Saul machte deutlich: Starke GRÜNE in der Regierungsverantwortung werden die Energiewende voranbringen. Von der Energiewende verstehen wir mehr, so die GRÜNEN abschließend!